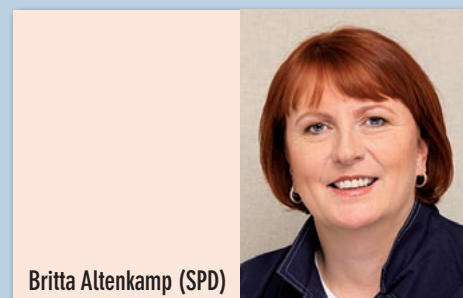


Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Armin Laschet (CDU)



Britta Altenkamp (SPD)

Der beste Weg, parlamentarische Prozesse einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, ist aus meiner Sicht ...

... eine gute Kombination aus modernen und klassischen Medien. Das Internet und damit verbunden Newsletter und Mailings sind mittlerweile wichtige Kommunikationsmittel. Aber das gedruckte Wort in Parlamentszeitschrift oder Broschüren wird auch künftig unverzichtbar sein.

... das konkrete Beispiel. D.h. in Vereinen, Verbänden, Parteigliederungen, Schulen etc. ein konkretes Thema und seine Behandlung durch das Parlament durchzuspielen.

Um die Transparenz parlamentarischer Verfahren zu garantieren und weiter zu stärken, muss Politik ...

... immer wieder den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Die repräsentative Demokratie hat Zukunft. Die Abgeordneten haben ihr Ohr bei den Menschen und bringen deren Ideen in den Landtag.

... sagen, was man tut, und tun, was man sagt. D.h. wir müssen Glaubwürdigkeit erhalten und zurückgewinnen, indem Ankündigungen und Handeln nahe beieinander liegen.

Die oft beklagte Kluft zwischen den tatsächlichen parlamentarischen Entscheidungsverfahren und der Vorstellung von Politik in der Öffentlichkeit können wir verkleinern, indem ...

... wir das Parlamentsgebäude noch stärker als bislang schon für die Bürgerinnen und Bürger öffnen. Denn ein persönlicher Besuch im Landtag – beispielsweise an einem Plenartag – sagt mehr als tausend Worte über den Landtag.

– s.o. Daneben müssen wir unseren Wählern offen und ehrlich sagen, dass „die“ Politik und „die“ Politiker eben keine Antwort auf alle Fragen haben. Das wird sich auf Dauer auszahlen, anders als die immer noch oft zur Schau gestellte angebliche Omnipotenz von Politikern.

„Die Öffentlichkeit“ als Ganzes ist nicht einfach zu erreichen. Deshalb kommt es darauf an, ...

... das Informationsangebot weiter auszubauen und die Informationen direkt zu den Menschen zu bringen.

... Multiplikatoren anzusprechen, die uns Abgeordneten eine Rückkopplung geben über die Einschätzung und die Auswirkungen unserer Pläne und Entscheidungen. Das direkte Gespräch mit dem Bürger im Wahlkreis ist allerdings durch nichts zu ersetzen.

Für den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ist die Politik darauf angewiesen, dass ...

... die Menschen Vertrauen in die Politik haben. Vertrauen aufzubauen ist Tag für Tag Aufgabe eines Abgeordneten.

... die Medien ein halbwegs realistisches Bild von „der“ Politik zeichnen. Demokratie lebt von Argument und Gegenargument. Deshalb ist es wichtig, dass nicht jede kontroverse Diskussion gleich als Streit diskreditiert wird, gleich ob in Parteien oder im Parlament.

Der Ausschluss der Öffentlichkeit von parlamentarischen Beratungen ist in Einzelfällen dann sinnvoll, wenn ...

... insbesondere Fragen der öffentlichen Sicherheit oder wenn schutzwürdige Interessen Einzelner dies erfordern. So ist es in der Geschäftsordnung des Landtags festgeschrieben.

– und nur dann sinnvoll, wenn es um schutzwürdige Interessen von Privatpersonen oder Unternehmen geht. Das kann allerdings nur die absolute Ausnahme sein.

Gefahren für die parlamentarische Öffentlichkeit sind ...

... sämtliche Formen von Zensur. Dazu gehört auch, dass wir politische Extremisten – egal ob von links oder rechts – aus den Parlamenten heraushalten. Denn Extremisten sind die Feinde von Transparenz, Demokratie und Meinungsfreiheit.

... persönliche Herabsetzungen in der politischen Auseinandersetzung und Schaukämpfe, bei denen es nicht um die Sache geht. Ich habe die Hoffnung, dass gerade die komplizierten Mehrheitsverhältnisse im neuen Landtag dazu führen, hier endlich neue, konstruktive Wege zu gehen.

Diesmal mit den Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern.

Sigrid Beer (Grüne)



Ralf Witzel (FDP)



Ralf Michalowsky
(Linke)



... sie stärker im Vorfeld zu beteiligen. Wir wollen keine Entscheidung über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg, sondern sie frühzeitig in den politischen Diskurs einbeziehen und mehr Elemente direkter Demokratie ermöglichen.

... noch transparenter und für eine breite Öffentlichkeit nachvollziehbar sein. Die neuen Medien bieten die Chance, Beratungen und Diskussionen im Landtag schneller und unkomplizierter zu transportieren. Diese medialen Möglichkeiten müssen wir offensiver nutzen.

... wir schon im Vorfeld politischer Entscheidungen den Diskurs mit den Menschen vor Ort führen und insgesamt dafür Sorge tragen, dass die Beteiligungsmöglichkeiten auch auf Landesebene erweitert werden. Wir wollen in NRW dazu ermutigen, sich mehr einzumischen.

... sich nicht nur in Wahlkämpfen den Bürgerinnen und Bürgern zu stellen, sondern jederzeit ansprechbar zu sein. Dabei geht es nicht um Grußworte anlässlich von Vereinsjubiläen, sondern den Menschen in ihrem Alltag zu begegnen und dort Rede und Antwort zu stehen.

... sie sich kompetent und verlässlich erweist. Sie muss zeigen, dass ihr an wirklicher Problemlösung gelegen ist, und nicht nur immer wieder ein ideologisches Mantra wiederholen. Und vor allem darf sie nicht die Bodenhaftung verlieren.

... in den Schutzbereich von Menschen oder auch Unternehmen eingegriffen wird. Es geht um personenbezogene Daten, um Zeugen- und Opferschutz sowie auch Betriebsgeheimnisse. So werden z. B. Petitionen auch aus diesen Gründen grundsätzlich nicht öffentlich beraten.

... ablesbar in der Wahlbeteiligung, dem Vertrauensverlust gegenüber Parteien und den schlechten Imagewerten der Politik. Die Minderheitsregierung will offensiv für mehr Beteiligung werben und sie praktizieren. Das ist eine Chance für mehr Demokratie in NRW.

... größtmögliche Transparenz der Verfahren. Die FDP hat sich in der Vergangenheit erfolgreich dafür eingesetzt, nicht nur Plenardebatten, sondern auch Ausschusssitzungen den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen.

... das Parlament ernst nehmen. Wenn zahlreiche Entscheidungen wie derzeit von Rot-Grün am Parlament vorbei getroffen werden, leidet die Demokratie. Pflicht der Regierung ist es, Gesetze sorgfältig umzusetzen – und nicht nach Belieben auszulegen, wie bei der Einheitsschule.

... wir mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog treten. Der Landtag ist ein offenes Haus. Die Bürger sind eingeladen, jederzeit mit Anregungen und Fragen an die Abgeordneten heranzutreten. Politik lebt von kreativen, guten Ideen für die Zukunft unseres Landes.

... betroffene Gruppen am parlamentarischen Prozess zu beteiligen. Ergebnisoffene Anhörungen sind erstrebenswert. Eine Alibiveranstaltung wie die „Bildungskonferenz“, die nur Regierungshandeln legitimieren soll, konterkariert glaubwürdige und lebendige Politik.

... Informationen leicht zugänglich sind. Zudem muss Politik erklärt und verstanden werden. Politische Bildung hat dabei eine Schlüsselfunktion. So hat sich etwa in den vergangenen Jahren der von CDU und FDP initiierte Jugend-Landtag als gute Dialogplattform etabliert.

... es um den Schutz von Persönlichkeitsrechten oder sensiblen Daten geht, deren Veröffentlichung zu unverhältnismäßigen Nachteilen für die Betroffenen führen könnte. Auch der Erfolg staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen darf nicht gefährdet werden.

... Bestrebungen der rot-grünen Landesregierung, das Parlament bei politischen Entscheidungen zu umgehen. Es ist beispielsweise inakzeptabel, dass der ideologische Umbau der Schulstruktur als Schulversuch am Parlament vorbei erfolgen soll.

... mit den Menschen in einer unkomplizierten Art zu reden und diese Prozesse zu erklären. Natürlich muss man auch seine Hausaufgaben machen: die öffentlichen Medien nutzen und daneben auch mit eigenen Medien informieren.

... es Bürgerinnen und Bürgern aller Bildungsschichten ermöglichen, sich verständliche Informationen zu beschaffen und einen Blick in unseren „Elfenbeinturm Landtag“ zu werfen. Besonders bei Schülerinnen und Schülern muss früh Interesse geweckt werden.

... wir die Möglichkeiten der direkten Demokratie ausweiten, zum Beispiel durch Bürgerentscheide und Volksabstimmungen. Diese Instrumente sind bereits in der Landesverfassung gegeben, jedoch sind die Hürden für ihre Anwendung viel zu hoch.

... wie man dieser unbekannten „Öffentlichkeit“ gegenüber auftritt. Nimmt man sich der Sorgen der Menschen an, vermittelt ihnen das Gefühl, dass man für sie im Landtag sitzt oder lässt man sich alle fünf Jahre mal blicken, wenn man wiedergewählt werden will?

... Interesse von Seiten der Bürgerinnen und Bürger besteht. Aber: Wir als Abgeordnete sind in einer Bringschuld, dieses Interesse zu wecken. Dazu muss unser Haus nicht nur offen, es muss auch einladend sein.

... Persönlichkeitsrechte oder schutzwürdige Interessen von Unternehmen verletzt werden könnten. Letzteres ist aber dann nicht der Fall, wenn Privatunternehmen öffentliche Aufgaben wahrnehmen: Geheimverträge zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger sind undemokratisch.

... gegeben, wenn es den Bürgerinnen und Bürgern schwergemacht wird, das Geschehen im Parlament zu verfolgen, sei es durch Sitzungen bis in die Nachtstunden oder durch unnötiges Vertagen, sei es aber auch durch unverständliche Fachsprache oder langatmiges Herumschwafeln.